

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (Hrsg.)

Demokratiepädagogik & Mobile Beratung für kommunale Demokratieentwicklung



Vorurteilsbasierte Konflikte als Herausforderung für die Demokratie

Gesellschaftlichen Konflikten können viele Ursachen zugrunde liegen. Besonders schwierig zu lösen sind vorurteilsbasierte Konfliktlagen, also Auseinandersetzungen, die mit konstruierten Bildern, pauschalisierenden Vorannahmen, Herabwürdigung, Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bis hin zu Aufstachelung, Hasskriminalität und Gewalt einhergehen.

Die Anlässe können vielfältig sein: Eine Moschee wird geplant, eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet, auf einer Grünfläche campen wohnungslose Menschen oder eine Anlaufstelle für Drogenabhängige wird eröffnet. Dies sind nur einige Beispiele, die zu Spannungen bis hin zu offenen Anfeindungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen in einem Sozialraum führen können.

Es geht dabei nicht um „harmlose“ oder „ironisierende“ Vorurteile gegenüber Gruppen, die weitgehend anerkannt und akzeptiert sind, sondern es geht um Vorurteile gegenüber Minderheiten und Gruppen mit minderprivilegiertem Status.

Aus Angst, Abwehr oder aus Hass und Menschenverachtung wird „der Andere“ als abweichend, fremd markiert, als minderwertig, manchmal gar als nicht existenzberechtigt.

Von diesen Phänomenen zeugen empirische Untersuchungen auf der Einstellungsebene, z. B. die Erhebungen der Universität Bielefeld im Bereich Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sich häufende polarisierende Debatten in Gesellschaft, Politik und Medien sowie nicht zuletzt die jährlichen Statistiken politisch motivierter Straf- und Gewalttaten aus Bund und Ländern.

Laut der jüngsten „Mitte-Studie“ (siehe Literaturhinweise) haben mehr als 50 % der Bevölkerung abwertende Einstellungen gegenüber asylsuchenden Menschen und Langzeitarbeitslosen, knapp 25 % gegenüber Roma und Sinti, 20 % gegen Muslime. Auch weitere Dimensionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus, Rassismus u.a. finden sich in signifikant messbaren Ausprägungen in der Gesellschaft.

Menschenrechtsbasierte Demokratieentwicklung als Perspektive

Mittlerweile sind dank zahlreicher Initiativen und Programme viele Kommunen gut aufgestellt, wenn die Verteidigung und Festigung eines friedlichen Miteinanders in Vielfalt und Verschiedenheit gegenüber Demokratiefeindlichkeit gefragt sind.

Menschenrechtsbasierte Demokratieentwicklung auf staatlicher, zivilgesellschaftlicher, sozial-räumlicher oder organisationaler Ebene ist dabei jedoch weniger als Projekt, denn mehr als Prozess zu denken. Demokratie kennt keine Vollendung, sie ist immer wieder neu zu lernen, zu gestalten, zu überdenken, auszuhandeln und mit den aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen abzugleichen. Im besten Fall greift sie bei aktuell entstehenden Problemen Interessensstandpunkte und Gesellschaftsdiskurse auf, um Spaltungen entgegenzusteuern. Gefragt sind dabei alle Akteure eines politischen Gemeinwesens.

Angebote mobiler Beratung (und auch politischer Bildung) für Demokratieentwicklung können Fragen aufwerfen, Impulse setzen, Anstöße geben, spiegeln und begleiten – die eigentlichen Akteure ersetzen sie nicht. Denn Demokratie muss von allen Mitgliedern des Gemeinwesens getragen und gelebt werden, von Jung und Alt, von Neuhinzukommenden genauso wie von Alteingesessenen.

Zielgruppen aller Angebote des Mobilen Beratungsteams Berlin – für Demokratieentwicklung (MBT) sind insbesondere Multiplikator*innen aus den Bereichen Verwaltung, Politik, Soziale Arbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Integration, Kultur, Sport, öffentliche Sicherheit, Stadtteilarbeit, Vereine, Verbände, Stiftungen, Initiativen usw.

Vorrangiges Ziel ist es, Vorurteile zu hinterfragen und als Lernfeld zu begreifen, um langfristig zu einer diskriminierungskritischen, chancengerechten und inklusiven Gesellschaft beizutragen.

Vorurteile abbauen – Demokratie vor Ort gestalten

Demokratie als Idee ist darauf angewiesen, dass wir einander als Gleichberechtigte auf Augenhöhe gegenüber treten und anerkennen. Aus Vorurteilen erwachsen Diskriminierung und Segregation, also sachwidrige Ungleichbehandlungen von Personen oder Gruppen, was demokratischen Grundprinzipien widerspricht. Egal von welchem Ende man das Problem „anfasst“: Diskriminierung und Vorurteile sind „Gift“ für jede Demokratie. Denn: Demokratie setzt die Anerkennung der Verschiedenen als Gleiche vor dem Gesetz voraus.

Aus der Vorurteilsforschung ist seit langem bekannt, dass die persönliche Begegnung eines der wirksamsten Mittel ist, um Vorurteile abzubauen. Begegnung und Dialog finden aber häufig nicht automatisch statt. Sie müssen initiiert und arrangiert werden. Es braucht einen Rahmen, der es ermöglicht, auch Ambivalenzen und Widersprüche auszuhalten, offen für Neues zu sein und die dialogisch-demokratische Begegnung anzunehmen. Die notwendigen „Softskills“ hierfür müssen erlernt werden: in der Familie, in der Schule, im sozialen und nachbarschaftlichen Umfeld.

Gefragt sind Dialogbereitschaft, Konfliktfähigkeit und Reflexionsvermögen. Hier treffen Ansätze der Demokratiepädagogik, mobiler Beratung und außerschulischer politischer Bildung für Demokratie zusammen. Trotz unterschiedlicher Professionen, Inhalte und Herangehensweisen, zielen sie doch auf diese für jede Gesellschaft notwendigen Ressourcen ab.

Als Lernarrangements können hier die partizipativen Elemente von demokratischer Schulentwicklung beispielhaft stehen, die diversitätssensible und diskriminierungskritische Haltungen unterstützen können bzw. zur Voraussetzung haben:

- ▼ Kooperatives Lernen
- ▼ Aushandlungsprozesse
- ▼ Deliberationsforen
- ▼ Anerkennungskultur
- ▼ Gewaltfreies Sprechen
- ▼ Klassenrat
- ▼ Schüler*innenvollversammlung
- ▼ Streitschlichtung
- ▼ Feedbackkultur
- ▼ Engagementprojekte

Mobile Beratung und ihre konkreten Aufgabenfelder

Sozialräume bieten neben Schulen weitere Orte, die der Übung demokratischer Auseinandersetzung dienen können, wenn auch nicht immer intendiert. Das sind bspw. Bibliotheken, Volkshochschulen, Rathäuser, Familienzentren, Nachbarschaftsläden, Synagogen, Kirchen, Moscheen, Schwimmbäder, Nahverkehr, öffentliche Plätze, Grünanlagen. Solche und weitere Angebote im Sozialraum stabilisieren das soziale und politische Gemeinwesen. Immer wieder lässt sich beobachten, dass das Wegfallen solcher Infrastrukturen das Wachsen antidemokratischer Tendenzen begünstigt. Die vorurteilsbasierte Aufladung gesellschaftlicher Konflikte hat dann besonders leichtes Spiel. Gleichwohl bieten Konflikte wichtige Lernfelder: eine gelungene demokratische Konfliktaustragung kann nachhaltige Wirkung in Sozialräumen zeigen.

Die Mobile Beratung für Demokratieentwicklung unterstützt Akteure des Gemeinwesens dabei, sich einerseits der Herausforderung einer sich diversifizierenden Welt zu stellen und Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform in der Einwanderungsgesellschaft neu und inklusiv zu denken.

Andererseits geht es auch darum, polarisierenden Konflikten kommunikativ offen und transparent gegenüberzutreten zu können. Dafür bietet das MBT Beratungen, Prozessbegleitungen, Werkstattgespräche, Fortbildungen, Moderationen und Vernetzungsangebote an, z. B. in den Bereichen:

- ▼ **Community Communication**
(diskursive Beteiligung im Gemeinwesen)
- ▼ **Diversityorientierte Kompetenzvermittlung & Diskriminierungssensibilisierung**
- ▼ **Demokratiebildung (Gesprächsstrategien im Umgang mit Demokratiefeinden, Auseinandersetzung mit demokratischen Normen und Werten, Moderation beteiligungsorientierter Prozesse und Netzwerke, Partizipation von Neuzugewanderten usw.)**

Anlaufstellen, Programme und Projekte

Mobiles Beratungsteam Berlin für
Demokratieentwicklung der Stiftung SPI
www.mbt-berlin.de
www.stiftung-spi.de

Bundesprogramm „Demokratie Leben“
www.demokratie-leben.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
www.antidiskriminierungsstelle.de

Bundeszentrale für politische Bildung
www.bpb.de

Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung bei der
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
www.berlin.de/sen/lads/

Landes-Demokratiezentrum Berlin
www.bit.ly/2Dtruly

Berliner Landeszentrale für politische Bildung
www.berlin.de/politische-bildung/

Kommunale Konfliktberatung
www.forumzfd.de/de/kkb

Stiftung Mitarbeit
www.mitarbeit.de

Literatur, Medien und Links

MBT Berlin: „Community Communication. Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen“, Stiftung SPI, 2017: www.bit.ly/2rG3VJH

MBT Berlin: „Ankommen. Durch Normenorientierung und Wertediskussion den Integrationsprozess für Flüchtlinge erleichtern“, Stiftung SPI, 2017: www.bit.ly/37NCI8L

MBT Berlin: „„WARUM AUSGERECHNET HIER?!“ Community Communication: Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen“, Stiftung SPI, 2014: www.bit.ly/2L6OUrg

MBT Berlin: „Gesprächsanker für den Umgang mit demokratiefeindlichen und diskriminierenden Äußerungen“ und weitere Arbeitspapiere, Broschüren, Flyer des Mobilen Beratungsteams Berlin: www.bit.ly/37HpjPo

Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan: „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19“, Hgg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter, 2019

Jürgen Wiebicke: „Zehn Regeln für Demokratie-Retter“, 2017

Aladin El-Mafaalani: „Das Integrationsparadox: Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt“, 2018

Mark Terkessidis: „Nach der Flucht: Neue Ideen für die Einwanderungsgesellschaft“, 2017

Jens Förster: „Kleine Einführung in das Schubladendenken: Über Nutzen und Nachteil des Vorurteils“, 2007

Reiner Becker, Sophie Schmitt (Hg.): „Beratung im Kontext Rechtsextremismus: Felder – Methoden – Positionen“, 2019

Demokratiepädagogik & Mobile Beratung für kommunale Demokratieentwicklung

Erschienen in der Reihe „Facetten der Demokratiebildung“

Die Demokratiepädagogik will Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, demokratische Haltungen, Werte und Handlungskompetenzen zu erwerben. Das sind wesentliche Grundlagen einer demokratischen Bildung für Kinder und Jugendliche, die aber weit mehr Facetten umfasst, die im Zentrum benachbarter pädagogischer Felder stehen. Um Kinder und Jugendliche fit zu machen, die demokratische Gesellschaft aktiv mitgestalten zu können, ist angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen eine stärkere Verzahnung dieser pädagogischen Felder dringend geboten. Für dieses Ziel macht sich z. B. das Bündnis „Bildung für eine demokratische Gesellschaft“ (www.bildungdemokratie.de) stark.

Diese Publikationsreihe zeigt daher inhaltliche und konzeptionelle Bezüge zwischen diesen Bildungsfeldern und der Demokratiepädagogik auf und gibt Anregungen, wie die Ansätze und Konzepte ineinandergreifen und zusammenwirken können.

Zur Verfügung gestellt im Rahmen des bundesweiten Projekts *OPENION – Bildung für eine starke Demokratie*. Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. *OPENION – Bildung für eine starke Demokratie* ist ein bundesweites Projekt der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. *OPENION* wird in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. umgesetzt.

Eine Publikation von:



Herausgeber: Deutsche Gesellschaft
für Demokratiepädagogik e. V.
Müllerstraße 156a, Aufgang 4,
13353 Berlin | info@degede.de
www.degede.de | V.i.S.d.P.: Ulrike Kahn

OPENION – Bildung für eine starke Demokratie

unterstützt bundesweit über 200 lokale Projektverbünde, bestehend aus einer Kooperation zwischen Schule und außerschulischem Partner, die sich mit zeitgemäßer Demokratiebildung beschäftigen. Die Kooperationspartner gestalten gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zwischen 10 und 16 Jahren ihr Projekt zum Thema zeitgemäße Demokratiebildung. Partizipation, Begegnung und die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen stehen dabei im Vordergrund. Mehr Informationen sowie die vollständige Flyerreihe „Demokratiepädagogik & ... Facetten der Demokratiebildung“ finden Sie online unter: www.openion.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

deutsche kinder- und jugendstiftung

